



Petitionskommission

An den Grossen Rat

12.1669.02

Basel, 21. Januar 2013

P 307 „Um den Rappoltshof soll es wieder ruhiger und wohnlicher werden!“

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 12. Dezember 2012 die Petition „Um den Rappoltshof soll es wieder ruhiger und wohnlicher werden!“ an die Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition

Die Anwohnerinnen und Anwohner rund um den Rappoltshof erleben seit langer Zeit eine massive Verminderung der Wohnqualität. Von den dort angesiedelten Restaurants werden sie bis in die frühen Morgenstunden massiv mit Lärm von innen (Musik) und aussen (pöbelnde und randalierende Gäste) belästigt. Illegal entsorgter Abfall wie auch wildes Parkieren und „Such-Verkehr“ nach Prostituierten und Parkplätzen sind nur einige der Unannehmlichkeiten, welche die Anwohnerschaft ertragen muss. Für die Anwohner, vor allem Kinder und ältere Leute, sind die Gefahren im Umfeld des Gebiets Rappoltshof ein Risiko. Dies nicht zuletzt aufgrund des Drogenhandels und den damit verbundenen Straftaten (Einbruch, Diebstahl, Bedrohungen, Sachbeschädigungen).

Der Rappoltshof und seine Umgebung sollen wieder ein Ort sein, an dem sich die Wohnbevölkerung wohl fühlt und keine Angst mehr haben muss, abends auf die Strasse zu gehen. Die Behörden werden aufgefordert, alles zu unternehmen, um wieder sichere Verhältnisse herzustellen. Die Unterzeichnenden fordern vermehrte Kontrolle des Gebiets um den Rappoltshof durch die Polizei, vor allem während den späten Nachtstunden (Schwerpunktkontrollen).

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 16. Januar 2013

Am Hearing nahmen der Vertreter der Petentschaft sowie der Leiter Community Policing, Bezirk Kleinbasel der Kantonspolizei Basel-Stadt, Polizeiwache Clara, teil.

2.1.1 Die Ausführungen des Vertreters der Petentschaft

Der Vertreter der Petentschaft erklärte, das Leben im Kleinbasel habe sich in den letzten sechs Jahren massiv verändert. Auch die Umgebung des Rappoltshofs sei betroffen, wo

Restaurants zu Nachtclubs mutiert hätten, wo sich Frauen prostituierten und mit Drogen gehandelt und die Bevölkerung eingeschüchtert werde. Eine vor einiger Zeit mit Tele Basel produzierte Reportsendung, die er mitgetragen habe und die aufzeigen sollte, was hier alles an Illegalem geschieht, habe bei den zuständigen Behörden eine gewisse Wirkung gezeigt. Trotzdem bleibe das Gebiet problematisch.

Da sei z.B. die unterdessen wegen Konkurs geschlossene Café Bar „El Mundo“ mit Barbetrieb und Musikbewilligung an der Kasernenstrasse 36 zu nennen. Dort habe Drogenhandel stattgefunden und es sei länger als erlaubt Musik gemacht worden, was schliesslich zu einer Verzeigung geführt habe. Das ständig den Pächter wechselnde Restaurant „Nazar“ an der Unteren Rebgrasse 36, wo auch die Kellerräume benutzt würden, besitze für Freitagabende eine bewilligte Öffnungszeit bis 5 Uhr, und das mitten in einem Wohnquartier. Die Diskothek beschäftige zwar zwei Türsteher. Da diese nur eine bestimmte Zahl Leute hineinliessen, heisse das, dass ca. 40 bis 50 Personen wartend draussen stünden und Lärm machten. Das Gespräch mit den Leuten vom Restaurant „Nazar“ sei erfolglos. Er wisse noch von vier Restaurantpächtern, dass sie Schweizer seien. Die übrigen würden von Zuhältern bestimmt. Aber es werde ja behauptet, es gebe in Basel keine organisierte Zuhälterei.

Der Rappoltshof liege mitten in der „Drogenallee“ Webergasse – Claramatte. Die entsprechenden Auswirkungen kriege man nicht nur dann zu spüren, wenn die Prostituierten an der Unteren Rebgrasse, wo früher ein Schuhgeschäft gewesen sei und sich jetzt ein syrischer Laden befinde, mit einem Rattenschwanz von Freiern mit viel Nebengeräusch einkaufen gehen. Letztere hielten sich nämlich nicht an die Toleranzzone Webergasse/Ochsengasse/Teichgässlein. Doch sei auch zu bemerken, dass die 350 Meter nicht ausreichen für die vielen Prostituierten und ihre Freier - die zweite Toleranzzone am Güterbahnhof Wolf werde gar nicht benutzt. Die Prostituierten, die sich nicht an die Toleranzzone hielten, würden zwar zuerst ermahnt, dann verwarnt und schliesslich gebüsst mit anschliessender Meldung ans Migrationsamt. Bis die Zuständigen dort sich bewegten, seien die gebüsst Frauen schon weg, weil sie nach drei Monaten wieder ausreisen müssten.

Es „brenne“ in der Umgebung des Rappoltshofes. Er werde mit der Rundschau SRF einen Film über das Kleinbasel drehen. Man sollte einen Verein gründen zum Schutz der Bevölkerung. Sehr viele Leute, darunter ältere Personen, hätten die Nase voll von all dem. Die meisten seien zu wenig darüber informiert, wie sie wirksam gegen die Situation vorgehen müssten, bzw. sie hätten das Gefühl, das Verfahren sei zu kompliziert, weil zu viele Stellen involviert seien und angegangen werden müssten. Anzeigen bedeuteten immer einen administrativen Aufwand. Die Leute hätten aber auch Angst vor Repressalien und hätten z.B. deswegen nicht mit ans Hearing kommen wollen.

Der Verein Claramatte setze sich ein für spielende Jugendliche, die IG Kleinbasel für das Gewerbe. Er und all die Leute mit den gleichen Sorgen, wie er sie habe, möchten gleich behandelt werden wie andere Organisationen, die sich für irgendetwas einsetzten. Am Neujahrsapéro der IG Kleinbasel sei z.B. gesagt worden, das Kleinbasel werde abgeschrieben. Aber niemand unternahme wirklich etwas. Er wünsche sich gut propagierte Informationsveranstaltungen für die im Quartier betroffene Bevölkerung. Es sollen Gespräche geführt werden zu all den erwähnten Problemen und wie man sich dabei

verhalten soll. Persönlich wünsche er sich, wieder einmal nachts durchschlafen zu können. Dazu könnte eine neue Verkehrsführung wie z.B. ein Fahrverbot ab 21.00 h in der Unteren Rebgrasse beitragen, was womöglich den Verlauf des Suchverkehrs beeinflussen könnte oder ein Abbiegeverbot in den Rappoltshof.

2.1.2 Die Sichtweise der Polizei

Der Leiter Community Policing, Bezirk Kleinbasel, erklärte, die Petition betreffe das Gebiet rund um den Rappoltshof, was für die Polizei den Bereich Untere Rebgrasse bis Claramatte bedeute. Für Lärmbeanstandungen wegen eines Restaurants sei das Amt für Umwelt und Energie AUE zuständig, für Bewilligungen bzw. Bewilligungsinhaber von Gastronomiebetrieben das Bau- und Gewerbeinspektorat (BGI) des Bau- und Verkehrsdepartements. Wegen des Restaurants „El Mundo“ seien viele Meldungen wegen Lärm eingegangen, allerdings erst, nachdem die Polizei die Anwohnenden sehr habe bitten müssen, solche zu machen. Das „El Mundo“ sei daraufhin geschlossen worden, das Problem somit gelöst. Beim Restaurant „Nazar“ gebe es immer wieder Requisitionen, von Januar bis November 2012 seien es deren acht gewesen. Das AUE habe zügig reagiert und Warngebühren ausgesprochen. Seines Wissens nach sei das Restaurant bzw. deren Betreiber auch verzeigt worden. Die Polizei stelle jedenfalls fest, dass die zuständigen Stellen aufgrund der Beanstandungen gehandelt hätten. Die Polizei selbst könne ein Restaurant nicht schliessen.

Was das wilde Parkieren und den Suchverkehr angeht, so sei Prostitution auf der Gasse gegenüber früher um ein Mehrfaches vorhanden. Ausserhalb der Toleranzzone (Webergasse, Ochsenegasse, Teichgässlein) sei es relativ ruhig. Die Webergasse werde zurzeit mit Prostituierten überflutet. Früher habe man dort jeweils ca. 8 Frauen gezählt, heute seien es tagsüber bis zu 38. Auf der Claramatte seien v.a. drogensüchtige Prostituierte und Freier zu finden. Seitdem die Polizei im Juli letzten Jahres reagiert habe, sei bei der Claramatte schnell Ruhe eingekehrt und die Prostituierten seien wieder in der Toleranzzone auf der Gasse. Die Freierszene habe sich überhaupt auf die Gasse verschoben. Wenn die Polizei diesbezüglich Meldungen bekomme, reagiere sie schnell. Für die Claramatte sei ein Alarmpikettchef für die Claramatte zuständig. Er sei für den Platz verantwortlich, schaue, welche Probleme aktuell sind, und starte entsprechende Aktionen. Es werde sehr konsequent eingeschritten. Im letzten Juni/Juli seien viele Verzeigungen wegen drogensüchtigen Prostituierten aus Ungarn gemacht worden. Daraufhin seien Ausgrenzungen seitens Migrationsamts erfolgt, was sich offenbar in der Szene herumgesprochen habe. Suchverkehr gebe es immer noch, es würden zudem Kontrollen gemacht, aber es gebe keine Riesenprobleme, zumindest nicht mehr als an anderen Orten auch. Die Claramatte sei aus Sicht der Polizei jedenfalls kein „Hotspot“. Die Meldungen aus der Bevölkerung flössen relativ dürrig, so habe die Polizei z.B. den Medien entnehmen müssen, dass ein Kind sich an einer Spritze auf der Claramatte gestochen hat, ohne dass sie selbst informiert worden sei. Im Bereich Claramatte gebe es seit der Freiwilligenarbeit eines Anwohners kaum mehr Spritzenfunde, die Matte sei sehr sauber.

Der Vertreter der Petentschaft habe das Risiko betreffend Drogen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen rund um den Rappoltshof erwähnt. 2009 hatte die Kantonspolizei bezüglich Drogen 9 Meldungen, 2010 4 Meldungen, 2011 und 2012 je 2 Meldungen.

Aufgrund von eigenen Feststellungen habe die Polizei im Schnitt 10 Rapporte pro Jahr gemacht, meistens im Zusammenhang mit drogenabhängigen Prostituierten, die ein wenig Stoff bei sich hatten. Wegen Einbrüchen, Diebstahl und Sachbeschädigungen gingen Meldungen nur sehr vereinzelt ein. Seit 2010 seien 3 Einbrüche gemeldet worden. Seit 2010 habe es 34 Schlägereien gegeben. Dazu gebe es Meldungen, aber keine Anzeigen. Es gebe zwar Geschädigte, aber weil eine Tötlichkeit ein Antragsdelikt sei und in der Regel niemand Anzeige erstatten wolle, gebe es auch keine solchen. Wegen Raufhandels gab es seit 2010 drei Rapportierungen.

Die Ängste der Leute seien verständlich. Aber die Polizei müsse zwingend Meldungen erhalten, um handeln zu können. Um sie zu deponieren gebe es genügend Gefässe. Eines davon sei das Stadtteilsekretariat, das Meldungen weiterleite und zudem monatliche Stadtgespräche als Infoveranstaltungen durchführe. In der letzten Januarwoche sei das Thema „Wohnquartier und Gastromeile – Lärm oder Kultur? Wie Leben die Nachbarn damit“. Weitere Gefässe seien der Quartiersverein und diverse andere Interessenvertreter wie z.B. die IG Kleinbasel. Weil sie alle von der Bevölkerung Informationen über die diversesten Vorfälle erhielten, lade die Polizei sie zweimal pro Jahr ein, um davon zu erfahren.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Erneut liegt eine Petition vor, die Lärmbelästigungen wegen Sexgewerbe in Kleinbasler Wohngebieten betrifft. Innerhalb der Petitionskommission wurden daher wieder die Beantwortung des Anzugs Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend Erstellung eines Konzepts zur Prostitution¹ und der runde Tisch Prostitution erwähnt, sowie das aktuelle Gastgewerbegesetz, welches zu den in den Petitionen genannten Problemen beiträgt. Vorweg sei daher an dieser Stelle zum Thema auf den ausführlichen Kommissionsbericht zur Petition P298 verwiesen².

3.1 Angehen der gesamten „Szene-Problematik“

Vorliegende Petition sowie die Petition P 298 - und wie den Medien zu entnehmen war, auch eine mögliche weitere Petition aus dem Lehenmattquartier wegen eines neu eröffneten, sog. Massagesalons - sind von ihrer Problematik her als Ganzes anzusehen. Die in den Petitionen angesprochenen Probleme lassen sich allerdings nicht damit lösen, dass überall dort, wo analoge Zustände herrschen, jeweils ebenfalls eine Petition lanciert wird und damit problematische Orte in der Stadt wie eine Bugwelle vor sich her geschoben werden.

Die Petitionskommission versteht die Sorgen der Vertreter der Petentschaften gut. Die beschriebenen Zustände sind ohne Zweifel auch für noch so tolerante Bewohnerinnen und Bewohner, die sich grundsätzlich im Kleinbasel wohl fühlen, eine Belastung. Um dagegen anzugehen ist Folgendes zu berücksichtigen:

¹ Geschäft Nr. 10.5326

² vgl. hierzu unter <http://www.grosserrat.bs.ch/suche/geschaefte/> der Bericht der Petitionskommission zu P298 „Schutz der Wohnquartiere vor Ausweitung des Sexgewerbes“, Geschäft Nr. 12.5195.02

3.1.1 Massnahmen gegen unzumutbare Lärmimmissionen und Vorfälle

Unzumutbare Lärmimmissionen oder Vorfälle müssen zwingend der Polizei gemeldet werden, sonst sind inakzeptable Zustände mangels genügender Polizeirapporte nicht ausreichend belegt und den zuständigen Behörden die Hände gebunden. Alternativ können solche Vorfälle auch, wie am Hearing vernommen, dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel gemeldet werden. Dieses bündelt Anliegen aus der Bevölkerung, übt eine vermittelnde Funktion aus und gibt sachdienliche Hinweise und Tipps im Umgang mit Problemen. Insbesondere verweist es an die zuständige Behörde. Weitere Gefässe sind der Neutrale Quartierverein und die IG Kleinbasel, welche allerdings ihrerseits ebenfalls ans Stadtteilsekretariat gelangen, wenn Anliegen aus der Bevölkerung an sie herangetragen werden.

Lärm aus einem Gastgewerbebetrieb rapportiert die Polizei und berichtet dem AUE. Das AUE entscheidet über das weitere Vorgehen, wie z.B. ob der betreffende Betrieb eine Weisung erhält, gebüsst, oder gar verzeigt wird (vgl. zur Lärmproblematik den Bericht zu P305). Sache der Polizei ist es, gestützt auf das kantonale Übertretungsstrafgesetz (ÜStG), Lärm von der Strasse oder aus einer Wohnung zu ahnden (Busse oder Verzeigung). § 38 lit.a ÜStG erlaubt es dem zuständigen Departement bei unzumutbarer Belästigung der Nachbarschaft durch Salonprostitution und nach zuvor erfolgter Schliessungsandrohung, ein Etablissement zu schliessen.

3.1.2 Massnahmen gegen Auswüchse der Prostitution

Wie schon die Petition P 298 beklagt auch vorliegende Petition die Auswüchse der Prostitution. Abzuwarten bleibt diesbezüglich die regierungsrätliche Beantwortung des Anzugs Ursula Metzger Junco P. und Konsorten. Der Anzug, mit Beantwortungsfrist bis 2. März 2013, verlangt vom Regierungsrat die Erstellung eines Konzepts zur Prostitution, welches die Interessen der Wohnbevölkerung und der sich prostituierenden Frauen und Männer berücksichtigt. Aufgrund der regierungsrätlichen Antwort wird der Grosse Rat darüber diskutieren müssen, ob er die bestehenden gesetzlichen Grundlagen als ausreichend erachtet, um gegen Auswüchse des Sexgewerbes vorzugehen, oder ob er weitere Massnahmen will.

3.1.3 Massnahmen speziell für den Rappoltshof und das Kleinbasel

Die Petitionskommission bittet den Regierungsrat zur Bekämpfung der in der Petition angesprochenen Probleme um Folgendes:

- Es sollen Massnahmen zur Eindämmung des Suchverkehrs beim Rappoltshof ergriffen werden, wobei z.B. ein Fahrverbot in der Unteren Rebgrasse und/oder ein Abbiegeverbot in den Rappoltshof jeweils ab 21.00 h zu prüfen ist.
- Das Stadtteilsekretariat samt seinem Tätigkeitsbereich ist bei der Bevölkerung offenbar noch immer zu wenig bekannt. Daher soll es aktiv an die Kleinbasler Bevölkerung gelangen, um sie darüber aufzuklären, wie sie sich bei der Bekämpfung der vom Vertreter der Petentschaft am Hearing beschriebenen Probleme verhalten sollte.

4. Antrag der Petitionskommission

Die Petitionskommission beantragt, vorliegende Petition im Sinne der Erwägungen an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Gerber', with a large, stylized loop at the end.

Dr. Brigitta Gerber, Präsidentin